

Sprache, Elite, Verantwortung

Roland Kaehlbrandt

Die Frage der Zuwanderungsgesellschaft ist für unser Land eine Chance: nämlich die Chance, Antworten darauf zu entwickeln, die unser Land insgesamt voranbringen. Es ist symptomatisch, dass wir Jahrzehntelang in Deutschland das Thema der Integration von Zuwanderern verdrängt haben. Manche zogen sich dabei auf die Aussage zurück, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Es gab aus dieser Sicht keine Zuwanderer, sondern nur Gastarbeiter, die wieder zurückkehren sollten. Andere vertraten die Auffassung, dass sich das Zusammenleben mit den Zuwanderern gewissermaßen von selbst zu einer friedlichen, bunten, multikulturellen Gesellschaft fortentwickeln würde. Heute wissen wir: Beide haben geirrt. Wir sind ein Zuwanderungsland geworden. Aber wir müssen diese Zuwanderungsgesellschaft auch gestalten. Wir müssen fordern und fördern. Bisher neigten wir dazu, entweder nur zu fordern, ohne zu fördern, oder nur zu fördern, ohne eine Gegenleistung zu fordern. Beides ist falsch. Wenn aber der Bedingungszusammenhang beider klar ist, können wir überraschende Ergebnisse erzielen. Zunächst: Was müssen wir fordern?

Deutsch von Anfang an

Wir müssen zuallererst sicherstellen, dass die Zuwandererkinder so früh und so gut wie möglich Deutsch lernen – die Sprache also, in der sie bei uns Bildungsabschlüsse erreichen können. Das erste Gebot der Integration lautet: Sprachförderung. Jahrelang wurde dies vernachlässigt. Weil die

Zuwanderer wieder zurückkehren sollten, wurde massiv in den sogenannten „muttersprachlichen Unterricht“ investiert. Die Kinder hatten gesonderte Lehrer für Serbo-Kroatisch, für Türkisch, für Arabisch. Was aber war mit den Deutschkenntnissen? Was wurde für Neuankömmlinge getan? Wie waren die Schulen ausgerüstet, um Kinder mit schwachen Deutschkenntnissen mitzuziehen?

Was wir brauchen, ist: Deutsch von Anfang an! Deutsch im Kindergarten, Deutsch intensiv in den Grundschulen – und zwar flächendeckend, nicht nur partiell. Die Lehrerinnen und Lehrer in den entsprechenden Vierteln wissen das. Sie wissen auch, dass hier die Wurzel für Schulabbrecher und für geringe Abiturquoten liegt. Mangelnde Sprachförderung rächt sich, wenn es um den Übergang in weiterführende Schulen geht. Sie rächt sich ein Leben lang in einer Gesellschaft, die sich Kommunikationsgesellschaft nennt und die differenzierte deutsche Sprachkenntnisse verlangt, jedenfalls solange sie selbst noch Deutsch sprechen will.

Es schadet den Kindern und der Gesellschaft, wenn wir hier nicht deutlich mehr tun: früh, intensiv und systematisch. Gerade private Stiftungen haben in Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen in den letzten Jahren eine wichtige Rolle in der Sprachförderung gespielt. Sie haben geholfen, das Thema auf die politische Tagesordnung zu setzen, und sie haben erfolgreichen Modellen der Sprachförderung zum Durchbruch verholfen.

Die Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung, die Herbert-Quandt-Stiftung und die Hertie-Stiftung haben Anfang 2004 das Kindergartenprojekt „Frühstart – Deutsch und interkulturelle Erziehung im Kindergarten“ ins Leben gerufen – in Zusammenarbeit mit den Städten Frankfurt, Gießen und Wetzlar sowie mit dem hessischen Sozial- und Kultusministerium. Das Besondere an „Frühstart“ ist die Elternarbeit, denn es gilt vor allem die Zuwanderer-Eltern für unser Bildungswesen zu gewinnen! Sie wollen natürlich das Beste für ihre Kinder. Aber sie müssen auch wissen, wie unser Bildungswesen organisiert ist und wie sie ihre Kinder unterstützen können. Elternarbeit ist deswegen ein wichtiger Baustein für eine gelungene Integration. Hier setzt „Frühstart“ zusätzlich zur frühen und intensiven Sprachförderung Akzente mithilfe von freiwilligen Elternbegleitern.

Das Bremer „Sommercamp“ ist ebenfalls erstmalig im Jahr 2004 von der Jacobs Foundation und dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung initiiert worden. Es wird derzeit von der Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt unter dem Namen „Deutschsommer“ in Frankfurt aufgebaut – in Kooperation mit mehreren öffentlichen Stellen und vier anderen Stiftungen, der Deutsche-Bank-Stiftung, der Carls-Stiftung, der Peter-Fuld-Stiftung und der Stiftung Citoyen: Schüler der dritten SchulkLASSE aus dreißig Frankfurter Grundschulen mit hohem Zuwandereranteil erhalten drei Wochen lang in den Sommerferien eine intensive Deutsch-Förderung. Den Schülern werden täglich zwei Stunden Deutschunterricht, zwei Stunden sprachintensives Theaterspiel sowie ein anschließendes Freizeitprogramm geboten. Die bis zu einhundertsechzig Kinder trainieren ihr Deutsch in kleinen Gruppen in Jugendherbergen rund um Frankfurt. Ziel des „Deutschsommers“ ist die Verbesserung von sprachlichem Verständnis

und Ausdruck kurz vor Beginn des für die weitere Schullaufbahn so wichtigen vierten Schuljahrs. Zweiundvierzig Lehrkräfte sind für den „Deutschsommer“ im Einsatz: Lehrkräfte für Deutsch als ZweitSprache, Theaterpädagogen und Sozialarbeiter. Die Wirkung des Deutschsommers wird auf ein Schuljahr geschätzt.

Vor fünf Jahren realisierte die Hertie-Stiftung gemeinsam mit dem hessischen Kultusministerium das Förderprogramm „Deutsch & PC“ für Grundschulkinder der ersten GrundschulkLASSE. Das Modell hat deutliche Erfolge hervorgebracht. Die Nichtversetzungsquote aus sprachlichen Gründen wurde auf null reduziert, und es hat zu einem deutlich höheren Anteil von Zuwandererkindern auf den Gymnasien geführt. Heute läuft „Deutsch & PC“ bereits in der Hälfte aller hessischen Schulen mit hohem Zuwandereranteil. Das liegt auch daran, dass das Projekt von Anfang an gemeinsam mit dem Bildungsministerium konzipiert und verwirklicht wurde. Inzwischen wird „Deutsch & PC“ in drei weiteren Bundesländern aufgebaut. Die Stiftung Mercator mit dem Förderunterricht für Zuwanderer der Klassen sechs bis zehn – ein öffentlich-privates Netzwerk – macht das Projekt an über dreißig Standorten möglich. Die Wirkung des Projektes beruht darauf, dass hier besonders Lehramtsstudenten zum Einsatz kommen, die selbst aus Zuwandererfamilien stammen.

Positive Effekte

Diese Modelle haben folgende Charakteristika: Sie setzen auf fröhe und intensive Sprachförderung im Deutschen. Sie führen zu sichtbaren Erfolgen in überschaubarer Zeit. Es sind Kooperationsprojekte von Stiftungen, oft auch von Stiftungen und der öffentlichen Hand, und sie breiten sich auf dieser Grundlage aus.

Über viele Jahre ist behauptet worden, Zuwandererkinder müssten zuallererst ihre Muttersprache lernen, bevor sie mit

dem Deutschen konfrontiert werden. Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, in Klassen bis zu zehn verschiedene Muttersprachen zu unterrichten – die genannten Projekte zeigen, dass diese Bedingung nicht gilt. Denn viele der betroffenen Kinder wachsen nicht mit klaren muttersprachlichen Verhältnissen auf, und sie lernen gleichwohl rasch und gut Deutsch, wenn die Förderung früh und intensiv einsetzt. Im Übrigen sagen viele Eltern, dass die frühe und intensive Deutschförderung auch positive Auswirkungen auf das Sprachverhalten in der Elternsprache habe. „Sie fragen und antworten jetzt in ganzen Sätzen“, sagen die Eltern. Aus der Evaluation des Kindergartenprojektes „Frühstart“ ist bekannt, dass manche Erzieherinnen von einer regelrechten „Sprachexplosion“ bei den Kindern berichten.

Unabhängig davon sollten wenigstens einige der Herkunftssprachen stärker für unser Bildungssystem genutzt werden. Müssten wir nicht als Handelsnation ein Eigeninteresse daran haben, dass zumindest verbreitete Sprachen wie das Türkische, das Arabische oder das Russische vermehrt in den weiterführenden Schulen unterrichtet werden? Warum nutzen wir nicht diese unter unseren Zuwanderern verbreiteten Sprachkenntnisse, um unserem Land dadurch leichtere Zugänge zu anderen Kulturen und damit auch Märkten zu verschaffen? Dadurch würden im Übrigen auch die Zuwandererkinder etwas Eigenes beisteuern können, in dem sie selbst einen Startvorteil haben. Es zeugt von Kurzsichtigkeit und Starrheit, dass wir hier nur sehr zögerlich neue Wege gehen – wohlgemerkt, durchaus vor allem im eigenen Interesse!

Einwanderer-Elite in der Leistungsgesellschaft

Alle reden von der Leistungsgesellschaft. Gut, fordern wir also Leistung. Dann müssen wir Leistung aber auch fördern.

Dazu brauchen wir Vorbilder. Das zweite Gebot der Integration heißt deshalb Begabtenförderung.

Im Jahr 2000 suchte die Hertie-Stiftung nach Möglichkeiten, Zuwanderung als Chance begreifbar und erlebbar zu machen. Außerdem suchten wir nach einer Art Ermutigung für die Zuwandererjugendlichen selbst. In den USA gab es Programme für begabte Zuwanderer, und auch in Baden-Württemberg gab es ein kleines Förderprogramm, das damals eher im Verborgenen wirkte. Aus all dem ist das „START“-Projekt entstanden, ein Schülerstipendium für begabte und gesellschaftlich engagierte Zuwanderer, verbunden mit einem Bekenntnis zur Zuwanderergesellschaft und zum Aufbau einer jungen „Zuwanderer-Elite“ in Deutschland. Es sollte ein Signal sein, dass Zuwanderer willkommen sind. Es sollte den Zuwanderern selbst deutlich machen, dass sie in unserem Land eine Chance haben. Und es sollte den Deutschstämmigen zeigen, dass Zuwanderer eine Bereicherung für uns sind. Mit einem Wort: START sollte einen anderen Blick auf das Thema „Zuwanderung“ ermöglichen. Der Begriff „Zuwanderer-Elite“ war neu und klar. Gesucht wurden Jugendliche zwischen vierzehn und achtzehn Jahren mit guten bis sehr guten schulischen Leistungen. Nicht ihr Aufenthaltsstatus interessierte uns, sondern ihre Persönlichkeit. Nicht nur ihre Intelligenz war uns wichtig, sondern auch ihr Engagement für andere: Wir suchten Schülersprecher, Jugendliche, die in der Nachbarschaftshilfe aktiv waren, die Nachhilfeunterricht gaben. Wir suchten die Leistungsstarken und Engagierten, die unter materiell schwierigen Bedingungen lebten und trotzdem nicht aufgaben. Junge Menschen, die aber bestimmt unsere Hilfe brauchten: materielle Entlastung, bessere Arbeitsbedingungen und vor allem Zuspruch und Anerkennung – damit sie nicht aufgaben.

Die Jugendlichen erhalten hundert Euro Bildungsgeld, einen PC und Bildungsseminare. Die Seminare sind eine Art „*Studium fundamentale*“: Rhetorik, Etikette, Einführung in das deutsche Grundgesetz. Die Jugendlichen lernen Höflichkeit und selbstsicheres Auftreten. Das zu lernen fällt ihnen nicht schwer, denn sie empfinden beides von innen. Aber die Formen müssen sie doch lernen. Unser Bildungsprogramm ist weniger multikulturell als vielmehr klassisch ausgerichtet. Aber die Jugendlichen suchen auch nicht das Trennende. Die unterschiedlichen Religionen stehen nicht im Mittelpunkt. Das Programm folgt im Geiste Immanuel Kant: Religion ist Privatsache. START sucht das, was die Jugendlichen verbindet. Die Jugendlichen haben das verstanden. Sie haben einfache und klare Ziele – Abitur, Studium, eine gute berufliche Laufbahn und ein Leistungsbeitrag für die Gesellschaft –, und sie genießen es ganz einfach, dass sie gewissermaßen unter Wahlverwandten sind.

Die START-Jugendlichen sind Vorbilder. Sie wissen das, und sie akzeptieren das. Das Projekt stärkt sie dabei. Sie wissen um ihre Verantwortung. Wir helfen ihnen, sie zu tragen. Das Programm ist inzwischen bekannt geworden. In vierzehn Bundesländern wurde es aufgebaut, mit über vierzig Stiftungen und über achtzig Partnern. Es ist zu einem Signal aus der Mitte der Gesellschaft geworden: Viele Menschen in unserer Gesellschaft sind bereit, die Integration aktiv zu unterstützen, wenn die Ziele, die Leistungen und die Bedingungen klar formuliert sind. START steht für die Botschaft: Leistung lohnt sich. Man kann in Deutschland als Zuwanderer erfolgreich sein. Es gibt Unterstützung für die Anstrengung. Das Land streckt die Hand aus.

START ist nicht das einzige Programm zum Aufbau einer Zuwandererelite in Deutschland. Zu nennen sind das Projekt „Talent im Land“, das die Robert-Bosch-

Stiftung in Bayern und Baden-Württemberg aufbaut, und das „Chancen“-Projekt der Vodafone-Stiftung, das begabten Zuwanderern die Möglichkeit gibt, an einer privaten Hochschule in Deutschland zu studieren.

Aktive Verantwortung

Diese Projekte, die Leistung und Verantwortung verlangen und fördern, bilden die Brücke zu der dritten Säule, die ebenso wichtig ist wie die beiden ersten: die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung durch die Zuwanderer in Deutschland. Es gilt in diesem Zusammenhang seelenlose, technokratische Begriffe wie „Aufnahmegesellschaft“ oder „Mehrheitsgesellschaft“ zu vermeiden.

Yassar Bilgin, Deutsch-Türke aus Gießen, Begründer der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung, Mitglied des Vorstands der hessischen CDU und ein rastloser Mobilisierer für die Integration, hat einmal gesagt: „Es kommt vor allem darauf an, dass die Zuwanderer in Deutschland selbst aktiv werden und sich hier engagieren, anstatt zurückzublicken. Sie müssen begreifen: Ihr Landesvater in Hessen ist Roland Koch und nicht jemand jenseits der deutschen Grenzen.“ Die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung ist in Deutschland eine Tradition. Allein in Frankfurt gibt es 1100 Vereine mit 350 000 Mitgliedern. Hier vollzieht sich abseits der großen Fernseh-Debatten eine echte Integration, wenn zum Beispiel der „Frankfurter Turnverein von 1860“ gezielt Zuwandererkinder anwirbt oder wenn der „Preungesheimer Männergesangverein“ sich Zuwanderern öffnet und die verschiedenen Herkunfts-kulturen in seinem Repertoire musikalisch zur Geltung kommen lässt. Auch in den Kleingartenvereinen tut sich eine Menge, und so manche Schrebergartenkolonie wäre schon überwuchert, wenn nicht Zuwanderer den Spaten in die

Hand genommen hätten. Diese Beispiele zeugen vom Bewusstsein vieler Vereine, dass sie sich um den Nachwuchs kümmern müssen und dass sie gut beraten sind, diesen Nachwuchs in einer Stadt wie Frankfurt, die fünfunddreißig Prozent Zuwanderer zählt, unter eben diesen zu suchen. Anders herum: Es ist besonders wünschenswert, dass genau diese Integration von Zuwanderern in die „klassischen“ deutschen Vereine gelingt! Sie ist noch wichtiger als die Arbeit der Herkunftsvereine selbst, in denen Deutschstämmige ja wohl höchst selten eine Rolle spielen und in denen die Zuwanderer eher unter sich bleiben. Das kann zwar auch eine wichtige Funktion sein, aber der Schritt in einen Frankfurter Ruderclub ist ein Schritt weiter.

Stadtteilbotschafter in Frankfurt

Die im Jahr 2005 gegründete Stiftung Polytechnische Gesellschaft ermutigt junge Leute in Frankfurt mit einem neuen Stipendienprogramm zur Übernahme von Verantwortung. Das Programm heißt „Stadtteilbotschafter“. Es ist die einfache Idee, engagierten jungen Leuten mit guten Ideen in den Stadtteilen die Chance zu geben, „ihr Ding“ zu machen. Am eigenen Projekt lernen, wie man anderen nutzen kann – darum geht es. Wir geben finanzielle Hilfe und ein Qualifizierungsstipendium. Auf einen Begriff gebracht: Die Stadtteilbotschafter sind eine strategische Förderung des Ehrenamts. Zwanzig junge Frankfurter zwischen siebzehn und siebenundzwanzig Jahren erhielten im März 2007 in einer feierlichen Zeremonie im Ruderclub Germania am Main ein Stipendium als „Stadtteilbotschafter“. Achtzehn Monate lang werden sie von der Stiftung Polytechnische Gesellschaft bei der Planung und Verwirklichung einer eigenen Idee für ihren Stadtteil unterstützt. Aufnahmebedingungen waren das Engagement im Stadtteil, eine eigene Projektidee, die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Aus-

bildung, Schule oder Studium sowie ein Empfehlungsschreiben von Lehrern, Trainern oder Jugendleitern. Eine unabhängige Jury hat aus achtundzwanzig Bewerbungen zwanzig Stipendiaten ausgewählt. Es sind Schüler, Auszubildende, junge Berufstätige und Studenten. Sie stammen aus neunzehn Frankfurter Stadtteilen. Zwölf junge Männer und acht junge Frauen wurden ausgewählt. Der Altersdurchschnitt der ersten Stipendiaten-Generation liegt bei einundzwanzig Jahren. Neun „Stadtteilbotschafter“ stammen aus Zuwandererfamilien. Die Ideen der Stipendiaten reichen vom Einkaufs- und Ausflugsdienst für ältere Menschen („Best Agers Club“) über ein Training für Grundschulkinder zur Bewältigung von Notsituationen („300 Kids, die helfen statt gaffen“) bis hin zu einer Werkstatt für Jugendliche zur handwerklichen Betätigung („Handwerkstatt“), zum gemeinsamen Kochen im Stadtteil („MultiKulti-Küche“) oder zur Stärkung der Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen („Netzwerk Sport im Stadtteil“). Die Stipendiaten erhalten von der Stiftung jeweils 4000 Euro für die Planung und Verwirklichung ihrer Projektidee, ein intensives Training sowie ein Reisestipendium von 1200 Euro.

Es war anrührend zu erleben, wie eine junge türkischstämmige Frankfurterin sich um das Stipendium bewarb, um älteren Menschen in Sossenheim, die sich immer mehr zurückziehen und so den Kontakt zur Stadt zu verlieren drohen, einen Fahrdienst anzubieten, damit sie in den Palmengarten oder auch zur Alten Oper fahren können. Ihre Begründung für die alten Menschen formulierte sie so: „Wir können doch diese Generation nicht in der Ecke stehen lassen. Sie hat Deutschland nach dem Krieg schließlich wieder aufgebaut.“ Andere Zuwanderer-Stipendiaten wollen einen Mehrgenerationentreff aufbauen oder für ein Altenheim ein Fahrzeug herrichten, das als „Sozialmo-

bil“ für Einkaufsdienste zur Verfügung gestellt werden soll.

Es ist ein gutes Zeichen für Frankfurt, dass mehr als ein Drittel der ersten Stadtteilbotschafter-Generation aus Zuwandererfamilien kommt. Sie fühlen sich übrigens zuallererst als Frankfurter und wollen die bürgergesellschaftliche Tradition der Stadt bewusst fortsetzen – mit ihrem eigenen Beitrag. Im Übrigen: Was die jungen Leute bei uns lernen, sind Umsicht, Gesprächsbereitschaft und Offenheit gegenüber den Akteuren im Stadtteil, aber auch Ausdauer. Das sind Tugenden, die sowohl der Stadtgesellschaft als auch den jungen Menschen selbst auf ihrem beruflichen Weg zugute kommen werden.

Grund zum Optimismus

Integration braucht Optimismus. Man kennt den klassischen Witz: „Was ist die beste Mischung für Europa? Europa wäre

gut gemischt, wenn die Franzosen für die Ordnung zuständig wären, die Engländer für das Essen und die Deutschen für den Optimismus.“ Dennoch: Wir haben guten Grund, optimistisch zu sein. Vieles ist inzwischen erkannt worden. Wir haben Integrationsminister, die die Dinge vorantreiben. In den Städten und Gemeinden arbeiten erfahrene und engagierte Fachleute daran, die Integration voranzubringen. Stiftungen investieren Verstand und Geld in erfolgreiche Integrationsprojekte.

Die Förderung von Bildung, Begabung und Verantwortung ist der Schlüssel zu einer gelungenen Integration: Bildung als Voraussetzung für Befähigung und Begabung und damit auch für den so wichtigen beruflichen Erfolg der Zuwanderer – und Verantwortung durch aktive Teilnahme an offenen und demokratischen Gesellschaften, die dieses Land ausmacht.

Was für eine Toleranz!

„Geradezu emphatisch formulierte dies der Schriftsteller Navid Kermani, ein Mitglied der Deutschen Islamkonferenz, am Montag in der Süddeutschen Zeitung. Er nahm, in den Tagen nach Giordanos Intervention, in Köln an einer Bürgerversammlung zum Moscheebau teil und erlebte dort, wie hart, aber ohne Hetze gestritten wurde. „Das war, ich konnte es selbst nicht glauben, Demokratie in Reinform“, staunte er. Und sein Besucher aus Iran, der ihn begleitete, habe wieder und wieder gemurmelt: „Was für eine Toleranz, was für ein entwickeltes Land.“ Das tönt genauso wie das Lob des Historikers Timothy Garton Ash in der New York Review of Books: „Deutschland ist in den frühen Jahren des einundzwanzigsten Jahrhunderts eines der freiesten und zivilisiertesten Länder der Erde.“

So steht am Ende der Aufregung über Giordanos Intervention und gerade ein Jahr nach dem Alarmruf über no-go areas, die Fremde angeblich nur unter Lebensgefahr betreten dürften, ein bemerkenswertes Vertrauen in die Aufgeklärtheit und in die zivilisierten Umgangsformen im Lande. Ein solches Vertrauen und nicht die Abhängigkeit vom Panik-Sensorium multikultureller politischer Korrektheit ist eine gute Voraussetzung, endlich mit der gelassenen, aber durchaus konfliktfreudigen Auseinandersetzung über die gemeinsame Zukunft einer Einwanderungsgesellschaft zu beginnen.“

Heribert Seifert am 8. Juni 2007 in der Neuen Zürcher Zeitung